Strategie – Kampagnen – Organisation

POLITIKWERKSTATT

Anreize und Subventionen mit biodiversitätsschädigender Wirkung

Politische Vorstösse und Beschlüsse zur Umsetzung in der Schweiz

Tagung der IUCN Schweiz, 11. Mai 2023, Bern Stefan Jakob, Politikwerkstatt

Ausgangslage I

Convention on Biological Diversity (CBD) 2010, Aichi-Ziel 3:

«By 2020, at the latest, incentives, including subsidies, harmful to biodiversity are eliminated, phased out or reformed in order to minimize or avoid negative impacts, and positive incentives for the conservation and sustainable use of biodiversity are developed and applied, consistent and in harmony with the Convention and other relevant international obligations, taking into account national socio economic conditions.»

Strategie Biodiversität Schweiz 2012, S. 61

«Um den Anforderungen des Strategischen Plans der Biodiversitätskonvention gerecht zu werden, müssen bis spätestens 2020 der biologischen Vielfalt abträgliche Anreize einschliesslich Subventionen beseitigt, schrittweise abgebaut oder umgestaltet werden, um die negativen Auswirkungen auf ein Minimum zu reduzieren oder sie ganz zu vermeiden.»

Aktionsplan Strategie Biodiversität 2017, Kapitel 4.2.4

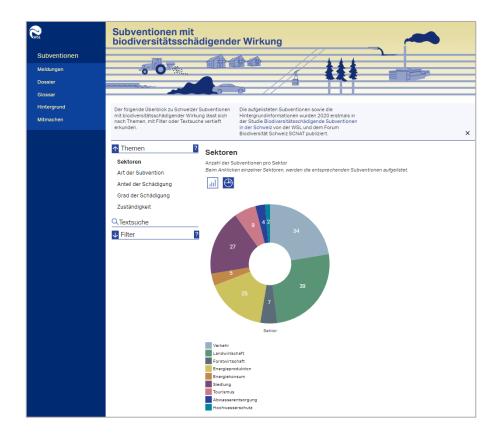
«Bis 2023 legt der Bund eine Gesamtevaluation zu den Auswirkungen der Bundessubventionen und weiterer Anreize mit Folgen für die Biodiversität vor. Die Auswirkungen der bestehenden Bundessubventionen und weiterer Anreize mit Auswirkungen auf die Biodiversität werden untersucht und es werden Möglichkeiten zur Vermeidung von Fehlanreizen aufgezeigt. Ausgewählte Fragestellungen werden vertieft analysiert und für die Gesamtevaluation vorbereitet.»

Ausgangslage II

Grundlagenbericht der Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) und den Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT), 2020

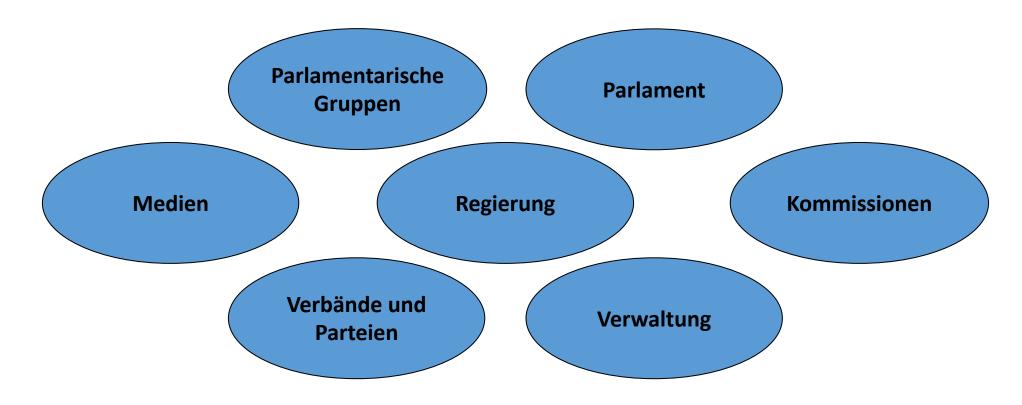






Nationale Politik 2020-2023 – Aktivitäten I

10 Jahre nach den Aichi-Zielen der CBD, 8 Jahre nach der Strategie Biodiversität und 3 Jahre nach dem zugehörigen Aktionsplan löste der Grundlagenbericht von WSL und SCNAT an verschiedenen Stellen Aktivitäten aus:



Nationale Politik 2020-2023 – Aktivitäten II

Verschiedene Aktivitäten im Parlament:

- Parlamentarieranlässe, von National- und Ständerät:innen aller Fraktionen besucht
- Hearings in den Finanz-, Geschäftsprüfungs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Verkehrskommissionen, zum Teil in beiden Räten
- Berichte aus den national- und ständerätlichen Geschäftsprüfungskommissionen
- Vorstösse zu Anreizen und Subventionen mit biodiversitätsschädigender Wirkung, aus allen Fraktionen (pro Session durchschnittlich 10 Fragen sowie 13 Interpellationen, Postulate oder Motionen)

Nationale Politik 2020-2023 – Aktivitäten III

Verschiedene Aktivitäten ausserhalb des Parlaments:

- Bericht ASTRA/BAV zu biodiversitätsschädigenden Subventionen im Verkehrsbereich
- Antworten des Bundesrates auf die Berichte der Geschäftsprüfungskommissionen
- Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) zu Strukturverbesserungsbeiträgen
- Zwischenbericht des BAFU zur Evaluation der Wirkung von Bundessubventionen auf die Biodiversität
- Anpassung des Leitfadens zur Subventionsüberprüfung, des Botschaftsleitfaden, des Subventionsleitfaden und der Richtlinien zur Regulierungsfolgeabschätzung

Laufend/geplant:

- Vertiefte Untersuchungen, allenfalls Reformvorschläge, zu 8 Subventionen mit Wirkung auf die Biodiversität, bis Ende 2024
- Gesamtevaluation der Biodiversitätswirkung von Bundessubventionen, bis Ende 2024

Nationale Politik – Antworten des Bundesrates 2020

- Der Bund prüft Empfehlungen der Studie bis 2023 (Zwischenbericht bis 2021), erachtet die vollständige Umgestaltung der Subventionen aber als unrealistisch [...] Zielkonflikte sind unvermeidbar, werden aber in den Botschaften zu den jeweiligen Gesetzesgrundlagen transparent ausgewiesen (20.5578, 20.1078)
- Die Subventionsüberprüfung erfolgt gestützt auf einen Leitfaden externe Effekte werden bei Begründung der Subvention, bei wirksamer Ausgestaltung und Vorkehrungen zur Vermeidung unerwünschter Nebeneffekte angesprochen (20.6032)

Beispiel: In der bundesrätlichen Botschaft über die Verpflichtungskredite zur Unterstützung internationaler Sportgrossanlässe der Jahre 2025–2029, vom Dezember 2022, fehlt eine Abschätzung zu den Folgen solcher Anlässe für Biodiversität und Klima komplett. Von allfälligen Zielkonflikten ist nicht die Rede.

Nationale Politik – Antworten des Bundesrate im 2021

- Der Bundesrat setzt sich national **für den mittelfristig vollständigen oder teilweisen Abbau von Subventionen für fossile Energieträger** ein und sieht das als **Beitrag zu Kostenwahrheit** (21.4553)
- Biodiversitätsprojekte haben oft einen engen Bezug zum Klima. So tragen einige Projekte des Aktionsplans Strategie Biodiversität sowohl zum Erhalt der Biodiversität als auch zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz bei. Dazu gehören die Revitalisierung der Moore, die Förderung der Waldbiodiversität oder die ökologische Aufwertung in Siedlungen (21.7912)
- Es gibt bereits zahlreiche Schnittstellen zwischen der Biodiversitätspolitik des Bundes und anderen Politikbereichen oder Strategien, die zur Erhaltung der Biodiversität beitragen. So wird der Aktionsplan Biodiversität unter Beteiligung der betroffenen Bundesämter umgesetzt. **Der Bundesrat sieht daher keinen Mehrwert in der Schaffung eines interdepartementalen Ausschusses** (21.8117)
- Bei der Quantifizierung der finanziellen Folgen des Biodiversitätsverlustes stellen sich konzeptionell grössere Herausforderungen. Das EFD wird sich im nächsten Bericht zu den Langfristperspektiven, der für 2024 vorgesehen ist, **falls möglich** mit dieser Fragestellung befassen (21.8147)

Nationale Politik – Antworten des Bundesrates 2022

- Das indirekte Sparpotenzial ergibt sich aus den vermiedenen materiellen und immateriellen Kosten des Biodiversitätsverlusts. Biodiversität liefert natürliche Güter sowie für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbare Ökosystemleistungen. [...] Der Bundesrat beurteilt jedoch bei seinen Entscheidungen die Auswirkungen auf den Bundeshaushalt wie auch auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft (22.4068)
- Die zitierten Studien bestätigen die Notwendigkeit, Subventionen auf ihre potenzielle umweltund biodiversitätsschädigende Wirkungen hin zu prüfen (22.7072)
- Deshalb unterstützt die Schweiz ein Ziel zur Reform von biodiversitätsschädlichen Subventionen, das auch die Förderung von finanziellen Anreizen zugunsten der Biodiversität beinhaltet (22.7098).
- Der Bundesrat wird sich weiterhin für die Biodiversität einsetzen, die **Grundlage ist für unser** Überleben. (22.7913)

Nationale Politik – Antworten des Bundesrates 2023

- Der Verlust an Biodiversität nimmt zu und damit auch das Risiko, dass Ökosystemleistungen, die für die landwirtschaftliche Produktion unerlässlich sind, verloren gehen: Ganz allgemein besteht die Gefahr, dass die Stabilität und Widerstandsfähigkeit des landwirtschaftlichen Ökosystems abnimmt (23.7112)
- In seiner langfristigen Klimastrategie hält der Bundesrat fest, dass die jährlichen gesamtwirtschaftlichen Kosten einer ungebremsten Klimaerwärmung in der Schweiz bis 2050 bis zu 4 Prozent des Bruttoinlandprodukts betragen könnten. Das entspräche im Jahr 2050 einem Betrag von rund 38 Milliarden Franken (23.7187)

Nationale Politik – gegenläufige Aktivitäten

Nebst den Anstrengungen, der biologischen Vielfalt abträgliche Anreize einschliesslich Subventionen zu beseitigen, schrittweise abzubauen oder umzugestalten, werden von Bundesrat und Parlament laufend neue Subventionen beschlossen oder eine Erhöhung von bestehenden Subventionen beantragt:

- Erhöhung der Absatzförderung für Schweizer Wein («Parmelin-Effekt» 22.3022)
- Senkung der Einfuhrzölle für Futtermittel (<u>15.3.23</u>)
- Versuch, die vom Bundesrat beantragte Kürzung der teilweise biodiversitätsschädigend wirkenden Versorgungssicherheitsbeiträge im Umfang von CHF 161 Mio. rückgängig zu machen (
- Erhöhung des Zollkontingentes für Butter, weil die Verkäsungszulage so hoch ist (

Berichterstattung in den Medienarbeit (Auswahl)

- <u>Schädigende Subventionen abbauen schont Umwelt und Finanzen</u> (SCNAT netzwerk, 8.6.2022)
- Soll der Appetit auf Fleisch heute noch gefördert werden? (NZZ am Sonntag, 11.6.2022)
- <u>Die Landschaft wird verschlimmbessert</u> (Beobachter, 1.7.2022)
- Sterben Arten, droht Menschen Hunger (Tamedia, 12.7.2022)
- <u>Diese Subventionen sind Gift für die Umwelt</u> (Tamedia, 14.7.2022)
- Der Artenschutz-Deal hat bereits Folgen für die Schweiz (Tamedia, 23.12.2022)

Kantonale Politik - Aktivitäten

Auch in der kantonalen Politik hat das Thema Einzug gehalten:

Vorstösse	Kanton	Status
Anfragen und Interpellationen	Zürich (31.8.2020) Jura (20.09.2022) Bern (01.12.2020) Zug (09.03.2021)	Beantwortet Beantwortet Beantwortet Beantwortet
Postulate, Anzüge, Anträge	Thurgau (2.12.2020) Wallis (14.12.2020) Basel-Stadt (26.04.2021) Zürich (03.05.2021) Basel-Land (02.09.2021)	Abgelehnt Überwiesen Überwiesen Abgelehnt
Motionen	Aargau (17.11.2020) Neuenburg (06.03.2023)	Zurückgezogen Hängig

POLITIKWERKSTATT

Fazit

Mehr als 10 Jahre nachdem die Schweiz die Biodiversitätskonvention unterzeichnet hat und dank dem Grundlagenbericht von WSL und SCNAT, ist das Thema Subventionen mit biodiversitätsschädigender Wirkung in Politik, Verwaltung und Regierung angekommen.

Über andere **biodiversitätsschädigende Anreize** wird bislang kaum gesprochen. Auch der Umstand, dass **Steuerzahler:innen die Schädigung der Biodiversität in der schweiz in grossem Umfang mitfinanzieren** sowie die Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, wird noch kaum thematisiert.

Inzwischen wird die **Diskussion zu solchen Subventionen auch in den Kantonen** geführt: In einigen sollen sie identifiziert und ihre schädigende Wirkung minimiert werden. Tatsächlich dürften die Kantone und ihre Bevölkerung von den Folgen solcher Schädigungen besonders hart betroffen sein.

Wenn die Schweiz die biodiversitätsschädigende Wirkung von Anreizen (inkl. Subventionen) innert nützlicher Frist beseitigen, schrittweise abbauen oder umgestalten will, um die negativen Auswirkungen auf ein Minimum zu reduzieren oder sie ganz zu vermeiden, wird sie ambitionierter vorgehen müssen.

Strategie – Kampagnen – Organisation
POLITIKWERKSTATT

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt: jakob@politik-werkstatt.ch, 078 627 95 51